



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/027/2013
Datum	Dienstag, den 10.09.2013
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium:

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW
Herr Waldemar Droß	Stadtverordneter	SPD (i.V.f. Stv. Schäfer)
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender	FDP

vom Magistrat:

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
Herr Norbert Kortlüke	Stadtrat	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Harald Semler	Stadtrat	FW

von der Verwaltung:

Herr Rainer Dietrich	Wirtschaftsförderung/ Geschäftsführung Stadtmarketing Wetzlar e.V.
Herr Klaus Gürsch	Magistratsbüro
Frau Regina Maiworm	Tourist-Information
Herr Michael Seibert	Rechnungsprüfungsamt
Frau Andrea Simon	Kämmerei
Herr Tobias Wein	Rechtsamt

- 6 **Neubau Rad- und Gehweg vom Bahnhof Wetzlar zur Rittal-Arena / Wolfgang-Kühle-Straße inkl. Anschluss Lahntal-Radweg (R 7)
- Mitteilung der Prüfergebnisse gemäß Stadtverordnetenbeschluss -
(Drucksachen-Nr. 1470/13-I/320)
Vorlage: 1577/13**
- 7 **Neuausrichtung Adventsdorf Altstadt
Vorlage: 1461/13**
- 8 **163. vergleichende Prüfung "Rechnungsprüfungsämter: Städte und LWV"
Vorlage: 1587/13**
- 9 **164. vergleichende Prüfung des Hessischen Rechnungshofes
"Kommunale Grünflächen"
Vorlage: 1586/13**
- 10 **Jahresbericht der Tourist-Information 2012
Vorlage: 1598/13**
- 11 **Bericht II. Quartal 2013
Vorlage: 1572/13**
- 12 **Grundstücksankauf
Deutsche Bahn Netz AG, Frankfurt/Main
Vorlage: 1536/13**
- 13 - 18 **Grundstücksangelegenheiten**
- 19 **Verschiedenes**

zu 1 **Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 17.06. und 25.06.2013**

Mitteilungen

Krankenquote Stadt Wetzlar für die Jahre 2010 - 2012

OB D e t t e bezog sich auf eine Frage von Stv. Droß aus der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses. Eine Statistik ist der Niederschrift als Anlage 1 beige-fügt.

„Kanu Lahn-Dill“ (Garbenheimer Straße 21)

OB D e t t e teilte mit, dass Stv. Droß auf seine Anfrage vom 25.06.2013 eine schriftliche Antwort des Fachamtes erhalten habe. Die Angelegenheit sei in Bearbeitung.

Freilaufflächen für Hunde

OB D e t t e nahm Bezug auf die letzte Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und gab Stve. Dr. Bernauer-Münz eine Stellungnahme des Fachamtes zur Kenntnis. Er stehe bei Bedarf für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Ehemaliges Kreiswehersatzamt (Spilburgstraße 6)

OB D e t t e berichtete, dass das Gebäude inzwischen von der SEG erworben worden sei. Auf der Grundlage einer Vorvereinbarung werde das Kompetenzzentrum StudiumPlus Anträge auf Landesmittel für die Ausstattung stellen, wobei eine 50 % - ige Förderung möglich sei. Die brandschutztechnischen und sonstigen Ausbauten seien über die SEG zu finanzieren. StudiumPlus habe angemeldet, nach den bis Mitte nächsten Jahres durchzuführenden Umbaumaßnahmen die ersten beiden Stockwerke komplett anzumieten. Auf Nachfrage von Stv. L u i t j e n s - T a y l o r teilte OB D e t t e mit, dass die Kellerräumlichkeiten aufgrund des sehr guten Zustandes als Depotflächen für die städtischen Museen genutzt werden sollen. Er sehe die Hochschulentwicklung und Einrichtung einer Stiftungsprofessur für Optik in Wetzlar positiv, da weitere Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden.

Anfragen

Stadthaus am Dom

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand. OB D e t t e informierte darüber, dass Bgm. Wagner als zuständiger Dezernent intensive Gespräche mit den Teileigentümern und einem möglichen Investor führe. Es sei vereinbart, dem Ältestenrat regelmäßig eine Information über den Sachstand zu geben. Auf die Zusatzfrage von Stv. B r e i d s p r e c h e r nach einem evtl. Abbruch des Gebäudes führte OB D e t t e aus, dass noch keine Entscheidung über Sanierung oder Abbruch gefallen sei.

Windkraftprojekt in Wetzlar

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft zum derzeitigen Sachstand. StR K o r t l ü k e nahm Bezug auf den Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung und teilte mit, dass er aktuell die Gespräche mit KRE und der enwag fortführe. Es habe keine Widersprüche von Mitbewerbern gegeben.

Königsberger Diakonie

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r teilte OB D e t t e mit, dass die Königsberger Diakonie ihre Aktivitäten in das Westend verlagern möchte. Für den Neubau bediene sie sich eines privaten Investors und wolle von diesem das Gebäude anmieten. Die finanziellen Rahmenbedingungen seien nicht vollständig geregelt, daher stehe eine Vertragsunterzeichnung noch aus. Die Stadt werde der Grundstücksveräußerung an einen Investor nur in Verbindung mit dem Vorhaben der Königsberger Diakonie zustimmen.

Gewerbegebiet Hörnsheimer Eck

Stv. D r o ß bezog sich auf die E-Mail eines Gewerbetreibenden aus dem Hörnsheimer Eck, der sich über die Verkehrsverhältnisse in diesem Bereich beklagt habe und fragte, wie der Magistrat mit dieser Thematik umzugehen gedenke. OB D e t t e wies auf die Interessenslage des Betreibers der Carport-Solaranlage hin und legte dar, dass nach Vermarktung eines dort befindlichen städtischen Grundstücks über den Endausbau des Hörnsheimer Ecks zu entscheiden sei. Die Angelegenheit werde zum Haushalt 2014 thematisiert.

Ergänzung Lahnuferweg im Bereich Hintergasse

Stv. D r o ß fragte nach, ob erfolgversprechende Gespräche mit den Anliegern geführt worden seien. OB D e t t e sagte Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.

Bismarckturm

Im Zusammenhang mit der Sperrung erkundigte sich Stv. D r o ß nach dem Sachstand. StR S e m l e r teilte mit, dass erst der Umfang der notwendigen Sanierungsmaßnahmen beziffert werden müsse; dies werde in nächster Zeit erfolgen.

Wetzlarer Tafel

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, ob dem Magistrat ein Förderantrag vorliege. OB D e t t e bestätigte, dass ein Schreiben der Wetzlarer Tafel existiere, in dem diese die Problemlagen beschreibe und pauschal um Unterstützung der Stadt bitte. Er habe ein Gespräch mit Vertretern der Tafel geführt und halte die Arbeit für begrüßenswert, jedoch müssten die Möglichkeiten den finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden. Er sehe bei der Tafel Spielräume, die Struktur so anzupassen, dass die Aufgabe weiterhin erfüllt werden könne.

Niederschriften vom 17.06. und 25.06.2013

Die Niederschriften wurden ohne Änderungen genehmigt.

zu 2 Förderprogramm zur Nutzbarmachung von leerstehenden Immobilien und zur Aktivierung privater Baulücken Vorlage: 1519/13

AV H e y e r wies auf eine textliche Änderung im Bauausschuss hin:

„... zu erarbeiten, der sich **u. a.** an dem Förderprogramm ‚Beseitigung von Gebäudeleerständen sowie Baulücken‘ der Gemeinde Dautphetal orientiert ...“

Abstimmung mit vorgenannter Änderung: 9.0.1

zu 3 Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers und eines stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar IX (Steindorf) Vorlage: 1520/13

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 4 LEADER-Projekt
Gebietsbetreuer in der Lahnaue zwischen Wetzlar und Gießen
- Grundsatzbeschluss -
Vorlage: 1616/13**

StR **K o r t l ü k e** berichtete, dass die Stadt Wetzlar Zuwendungsbescheide vom Lahn-Dill-Kreis - Abteilung für den ländlichen Raum - zu folgenden Projekten erhalten habe:

- Konzepterstellung zur Gebietsbetreuung
- Schulung ehrenamtlicher Gebietsbetreuer
- Koordination Gebietsbetreuer und Öffentlichkeitsarbeit

Für die Haushaltsjahre 2013 - 2015 seien Mittel zur Verfügung gestellt, denen Erträge aus den drei Projekten gegenüberstehen (siehe Grundsatzbeschluss). Auf die Frage von Stv. **B r e i d s p r e c h e r** nach der Weiterentwicklung des Projektes teilte StR **K o r t l ü k e** mit, dass es sich bei der Förderung bis 2015 um eine Anschubfinanzierung handele. Es sei beabsichtigt, das Projekt letztendlich in die Lahnpark GmbH mit 4 Gebietskörperschaften zu integrieren. Stv. **D r o ß** bat um Auskunft, ob die Stadt Wetzlar Einnahmen durch die Lahnaue erziele. OB **D e t t e** nannte naturschutzfachliche Maßnahmen, die Ökopunkte als geldwerten Vorteil bringen. Mögliche Einnahmen aus der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen werde er prüfen lassen.

Abstimmung: 10.0.0

**zu 5 Ordnungsmaßnahme Abbruch rückwärtiger Nebengebäude Silhöfer Straße 3 in der Altstadt von Wetzlar
Vorlage: 1569/13**

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6 Neubau Rad- und Gehweg vom Bahnhof Wetzlar zur Rittal-Arena / Wolfgang-Kühle-Straße inkl. Anschluss Lahntal-Radweg (R 7)
- Mitteilung der Prüfergebnisse gemäß Stadtverordnetenbeschluss -
(Drucksachen-Nr. 1470/13-I/320)
Vorlage: 1577/13**

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7 Neuausrichtung Adventsdorf Altstadt
Vorlage: 1461/13**

StR **S e m l e r** gab auf Grundlage der „Ergänzungen zur Mitteilungsvorlage Adventsdorf“ Informationen zum Prozessablauf seit der letzten Stadtverordnetenversammlung. Ein Vermerk der Wirtschaftsförderung vom 09.09.2013 ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Abschließend wies er auf bereits bekannte Problemlagen bei der Aufstellung des

Adventsdorfes am Schillerplatz hin (Fluchtwege, Brandschutzauflagen). Er befürwortete die Entscheidung des Vorstandes Stadt-Marketing.

Stv. Christoph S c h ä f e r (1. Vorsitzender Altstadt Verein Wetzlar) begrüßte grundsätzlich die Weiterentwicklung von Aktivitäten, kritisierte jedoch die Art und Weise, wie mit Bedenken einzelner Mitglieder umgegangen worden sei.

Stv. B r e i d s p r e c h e r monierte den gesamten Verfahrensablauf und zeigte sich über die neuen Sicherheitsbedenken beim Adventsdorf am Schillerplatz verwundert. StR S e m l e r verwies auf die bisherigen Erfahrungen des Veranstalters am Veranstaltungsort.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, ob für die Gestellung der Eislaufbahn (40.000 € Miete) ein Sponsor gefunden worden sei. StR S e m l e r gab zur Antwort, dass Sponsoren in Aussicht seien. Im Übrigen werde der Verein Stadt-Marketing in seinem Budget bleiben und erwarte keine zusätzlichen Mittel der Stadt.

FrkV Dr. B ü g e r bat um Auskunft, welche konkreten Schritte der Magistrat zum Thema „Sondernutzungserlaubnis Domplatz“ vornehmen werde. OB D e t t e führte aus, dass die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis normales Verwaltungshandeln sei. Er erklärte sich einverstanden, sobald die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis in Aussicht stehe, hierüber im Ausschuss zu berichten.

FrkV Dr. B ü g e r fragte nach, wie zukünftig mit den Sicherheitsbedenken am Schillerplatz umgegangen werde. Mit Blick auf den Vertragsablauf erklärte StR S e m l e r, dass die bisherige Praxis 2013 ende.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 163. vergleichende Prüfung "Rechnungsprüfungsämter: Städte und LWV" Vorlage: 1587/13

In seiner Vorbemerkung berichtete OB D e t t e, dass die überörtliche Prüfung zu einer Kontroverse zwischen dem Landesrechnungshof und dem Präsidium des Hessischen Städtetages geführt habe. Das beauftragte Wirtschaftsprüfungsunternehmen habe als Prüfungsmaßstab IDW-Grundsätze (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.) herangezogen, die nicht im Gesetz stehen. Das habe zu relativ schlechten Prüfungsergebnissen der Städte geführt.

Stv. K l e b e r sah in dem Prüfungsbericht praktikable Hinweise für die zukünftige Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes.

Auf die Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r nach dem Inhalt einer "erstellungsbegleitenden Prüfung" gab OB D e t t e zur Kenntnis, dass bereits während der Aufstellung des Jahresabschlusses durch die Kämmerei Prüfungshandlungen durch das RPA vorgenommen werden sollen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r thematisierte den nach Auffassung des Wirtschaftsprüfungsunternehmens nicht ausreichenden „Mindeststandard in Bezug auf die Fortbildungen“. Herr S e i b e r t stellte klar, dass die Mitarbeiter des RPA sich seit dem Beschluss zur Umstellung auf die Doppik berufsbegleitend in Fortbildungsmaßnahmen der Finanzsoft-

ware und des Steuerberaterbüros geschult haben, die aber nicht die Prüfungsvoraussetzungen im Sinne des IDW betreffen. Stv. **Breidsprecher** bezog sich auf Seite 7 der zusammengefassten Prüfungsergebnisse und bat um Information zum Vortrags- und Rederecht des RPA-Leiters. OB **Dette** führte hierzu aus, dass das Wirtschaftsprüfungsunternehmen eine förmliche Regelung in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung vermisst habe. Es sei immer Praxis gewesen, den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes bei zuständigen Angelegenheiten in den Gremien hinzuzuziehen.

Stv. Dr. **Bernaer - Münz** erkundigte sich, ob evtl. Nachteile für die Stadt entstanden seien. OB **Dette** konstatierte, die Prüfung habe in keiner Weise ergeben, dass der Stadt durch Verfahrens- und Formmängel ein materieller Schaden entstanden sei. FrkV **Lefèvre** unterstrich, dass „das RPA der Stadt Wetzlar seine Aufgaben im Prüfungszeitraum unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben ausgeführt habe“ (Seite 1 der zusammengefassten Prüfungsergebnisse).

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9 164. vergleichende Prüfung des Hessischen Rechnungshofes
"Kommunale Grünflächen"
Vorlage: 1586/13**

Stv. **Kinkler** interessierte zu erfahren, um welche Grünanlagen es sich handele, „deren Bedarf zu hinterfragen sei“. StR **Kortlüke** gab eine Antwort des Fachamtes zur Kenntnis. Danach handele es sich um eine unbedeutende Kleinfläche mit ca. 50 Quadratmetern in Dutenhofen/Am Hain und um eine sogenannte Spielecke in der Reinermannstraße im Bereich einiger Mehrfamilienblocks.

FrkV **Lefèvre** empfahl eine pflegeleichtere Bepflanzung in den Grünanlagen.

Stv. **Droß** wies auf Pflegedefizite im Stadtteil Garbenheim hin und berichtete von vermehrten Beschwerden. Ergänzend bat er um Information, was man unter dem „Personalkostenäquivalent“ zu verstehen habe. StR **Kortlüke** sagte Beantwortung in der Stadtverordnetenversammlung zu.

StR **Kortlüke** teilte mit, dass am 16.09.2013 die Umwelt-, Verkehrs- und Baukommission tagte, in der das Thema „Pflegeklassen“ auf der Tagesordnung stehe. Er berichtete darüber hinaus von aktuell erheblichen Krankenständen im Stadtbetriebsamt.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10 Jahresbericht der Tourist-Information 2012
Vorlage: 1598/13**

Stv. **Kleber** schlug die Anbringung einer Fahne oder eines Hinweisschildes an der Tourist-Information vor. Frau **Maiworm** wies darauf hin, dass eine Fahne von der Denkmalschutzbehörde abgelehnt worden sei. Im Laufe des Jahres wolle man ein bereits genehmigtes Schild an der Tourist-Information anbringen.

Auf Frage des Stv. **Droß** informierte Frau **Maiworm** über den Verlauf des geplanten Goethewegs (Rundwanderweg).

Stv. **Breidsprecher** bezog sich auf die in der Presse veröffentlichte Übergabe von Zuwendungsbescheiden und erkundigte sich, ob es sich um Eigenmittel des Lahn-Dill-Kreises handele. OB **Detle** führte aus, dass der Lahn-Dill-Kreis - Abteilung für den ländlichen Raum - regionale LEADER-Mittel (EU-Mittel) verwalte, die an einzelne Gebietskörperschaften weitergegeben werden.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Bericht II. Quartal 2013
Vorlage: 1572/13

OB **Detle** wies darauf hin, dass sich die Zahlen im Zuge der Vorlage des Nachtrags 2013 weiter konkretisieren werden.

Stv. **Kleber** bat um Mitteilung, welche Kriterien für die Aufhebung der viermonatigen Stellenbesetzungssperre verschärft worden seien. OB **Detle** gab zur Antwort, dass im Dezernentenkreis vereinbart worden sei, die Aufhebung dieser Sperre auf absolute Ausnahmefälle, z. B. bei Führungsaufgaben, zu beschränken.

Stv. **Hedderich** erkundigte sich nach dem Grund der hohen Zinsen für Kassenkredite in Höhe von 97.259 € zum Stichtag 30.06.2013. OB **Detle** erläuterte, dass Kassenkredite zum Teil auch als 6-Monatskredite aufgenommen und die Zinsen am Ende dieser Periode fällig werden.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 Grundstücksankauf
Deutsche Bahn Netz AG, Frankfurt/Main
Vorlage: 1536/13

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss fasste einstimmig (9.0.0) nachfolgenden Beschluss:

Dem Erwerb einer Teilfläche von ca. 400 qm aus dem Grundstück Gemarkung Wetzlar, Flur 30, Flurstück 134/10, von der Deutsche Bahn Netz AG, Frankfurt am Main, wird zu den folgenden Konditionen zugestimmt:

1. Der Kaufpreis beträgt 1.500,00 €.
2. Der Kaufpreis ist innerhalb von 4 Wochen nach Wirksamkeit des Kaufvertrages fällig und zahlbar.
3. Die Notariats- und Grundbuchkosten sowie die Kosten evtl. erforderlicher Genehmigungen trägt die Stadt Wetzlar.
4. Mehrflächen, keine Minderflächen, werden nach Vorliegen des amtlichen Vermessungsergebnisses auf der Basis von 4,00 €/qm entsprechend ausgeglichen.

5. Nicht mit verkauft wird das sich auf dem Kaufgegenstand befindliche Brückenbauwerk (Eisenbahnüberführung) mit der sich darauf befindlichen Kabeltrasse. Die Stadt Wetzlar räumt der DB Netz AG das Recht ein, die vorgenannten Anlagen dauerhaft und unentgeltlich auf dem Kaufgegenstand zu belassen, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und zu diesen Zwecken den Kaufgegenstand zu betreten.

13 - 18 Grundstücksangelegenheiten

zu 19 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 27. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r